

## Hildebrandt

---

**Von:** Siegfried Hildebrandt [hildebrandt@interessengemeinschaft-zukunftsfaehigkeit.de]  
**Gesendet:** Sonntag, 16. Februar 2014 13:22  
**An:** patricia.lips@bundestag.de; michael.kretschmer@bundestag.de  
**Betreff:** Öffentliche Bildungsausgaben

Sehr geehrte Frau Lips,  
sehr geehrter Herr Kretschmer,

es hat uns sehr gefreut, dass Sie unsere Initiative als eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie bezeichnen. Ihrer Bitte, die Politik der Großen Koalition weiterhin kritisch konstruktiv zu begleiten, werden wir gerne nachkommen.

Wir begrüßen es, dass Sie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch eine Änderung des Grundgesetzes stärken wollen, damit sich der Bund an dieser Aufgabe dauerhaft stärker beteiligen kann. Sie führen aus, dass diese Maßnahme zeitkritisch ist und deshalb zügig realisiert werden muss. Hierzu verweisen wir noch einmal auf den Rückstand Deutschlands im internationalen Vergleich. Aus unserer Sicht muss der Einsatz für eine Aufhebung des Kooperationsverbots bereits jetzt durch eine begleitende Planung vorbereitet werden. Hierzu unser Vorschlag für einen Aktionsplan:

1. Es müssen ein mit Zahlen versehener länderübergreifender Investitions- und Finanzierungsplan und ein mittelfristiger Zeitplan erarbeitet werden. Die Investitionen müssen bedarfsorientiert geplant werden und Vorfahrt bei der Finanzierung haben. Es muss eine klare Bindung der Finanzmittel an den Verwendungszweck festgelegt werden.
2. Dies lässt sich über die öffentlichen Haushalte nicht erreichen. Es wird daher eine Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet, die als Träger eines Sondervermögens „Pro Zukunftsinvestitionen“ fungiert. Sie erhält für den bedarfsorientierten Investitionsplan gesetzlich festgelegte Zuwendungen, deren Verwendung zweckgebunden ist. Die Arbeit dieser Körperschaft unterliegt einer außerparlamentarischen Kontrolle.

Uns ist bewußt, dass diese Aufgabe bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse eine große Herausforderung ist. Diese vorbereitende Planung ist aber notwendig, um nach der angestrebten Gesetzesänderung schnell handeln zu können. Hier hat die CDU/CSU-Fraktion als die größte Bundestagsfraktion eine besondere Verantwortung.

Mit besten Grüßen

Siegfried Hildebrandt